

## »Die Beschäftigten fühlen sich unterbezahlt«

Ver.di-Vorstand Sylvia Bühler zu aktuellen Tarifrunden und zum Verhältnis zu den Kirchen

**Berlin** (epd). Die DGB-Gewerkschaft ver.di will das Tarifgefüge in der Sozialbranche gründlich verändern: Neue Entgeltordnungen sollen den Beschäftigten zweistellige Lohnzuwächse bringen. Sylvia Bühler, Leiterin des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt, Kirchen und Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes, erklärt außerdem, warum ver.di gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung in den Krankenhäusern verlangt. In kirchlichen Betrieben sei noch viel Aufklärung zu leisten, sagte sie. Mit Sylvia Bühler sprach Markus Jantzer.

**epd sozial:** Die Gewerkschaft ver.di hat angekündigt, in der bevorstehenden Tarifrunde mit den kommunalen Arbeitgebern für den Sozial- und Erziehungsdienst Gehaltserhöhungen von durchschnittlich zehn Prozent zu fordern. Einen entsprechenden Beschluss soll die ver.di-Bundestarifkommission am 18. Dezember fassen. Eine solch hohe Forderung erscheint maßlos.

**Sylvia Bühler:** Unser Ziel für 2015 ist eine neue Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst, die eine deutliche Aufwertung dieser Berufe bringt. Wir wollen für die rund 240.000 Erzieherinnen und Erzieher in den städtischen Kita-Einrichtungen, die Sozialarbeiter in den Jugend- und Sozialämtern und psychiatrischen Einrichtungen, aber auch für Beschäftigte in der Behindertenhilfe im Schnitt eine Gehaltserhöhung von zehn Prozent erreichen. Das soll nicht in einer klassischen Tarifrunde geschehen, sondern indem eine Reihe von Berufen höher eingruppiert werden.

**epd:** Wecken Sie mit einem angestrebten Plus von zehn Prozent nicht falsche Erwartungen?

**Bühler:** Wir haben im Jahr 2009 trotz eines wochenlangen Streiks erste Verbesserungen erreicht, aber nicht alle aufwerten können, die es verdient haben. Wir haben damals unseren Mitgliedern versprochen, dass wir dieses Thema neu angehen werden. Das tun wir jetzt, und wir sind gut vorbereitet. Die aktuelle Entgeltordnung haben wir zum Jahresende gekündigt. Wenn es am Verhandlungstisch nicht vorangehen sollte, können wir zum Streik aufrufen.

**epd:** Sind die Beschäftigten zum Streik bereit?

**Bühler:** Mein Eindruck ist, dass immer mehr Erzieherinnen, Sozialarbeiter und Heilpädagogen der Auffassung sind, dass sie nicht entsprechend ihrer Leistung, ihrer Qualifikation und ihrer großen Verantwortung vergütet werden. Wir sind überzeugt, dass diese Berufe aufgewertet werden müssen.

**epd:** Die geforderte Gehaltssteigerung dürfte den Kommunen zusätzliche Personalkosten von etwa 1,5 Milliarden Euro bringen. Wie sollen die Städte diese Belastung verkraften?

**Bühler:** Mit dieser Frage werden wir regelmäßig konfrontiert. Tatsache ist, dass ver.di schon lange eine



Foto: ver.di

Sylvia Bühler

Steuerpolitik fordert, die die öffentlichen Haushalte stärkt und insbesondere die Kommunen finanziell besser ausstattet. Die Reichen in der Gesellschaft müssen deutlich mehr für die gesellschaftlich so wichtigen Aufgaben herangezogen werden.

**epd:** Streben Sie auch bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege zweistellige Lohnzuwächse an?

**Bühler:** Wir wollen auch mit den freien Trägern über eine neue Entgeltordnung verhandeln, sobald wir in dieser Frage mit den kommunalen Arbeitgebern zu einem Ergebnis gekommen sind. Im Moment beschäftigen uns hier andere Fragen. So haben wir mit der Arbeiterwohlfahrt in Nordrhein-Westfalen einen großen Konflikt, weil die AWO NRW das Tarifniveau für den öffentlichen Dienst nicht länger als Leitwährung für sich akzeptieren will.

**epd:** Die freien nichtkirchlichen Träger bezahlen also insgesamt schlechter als der öffentliche Dienst?

**Bühler:** Das ist leider immer häufiger so. Viele freie Träger bezahlen nicht mehr auf dem Niveau des TVöD. Die meisten Einrichtungen im Paritätischen Wohlfahrtsverband etwa bezahlen nach Gutdünken. Auch das Deutsche Rote Kreuz ist vielerorts aus dem Tarif ausgestiegen. Die Eröffnung des Wettbewerbs hat in der Sozialbranche zu einer zersplitterten Tariflandschaft geführt; wir haben bundesweit rund 3.000 Tarifverträge. Das ist keine gute Entwicklung.

**epd:** Aber das ist kein Schicksal.

**Bühler:** Das lässt sich ändern, da haben Sie recht. Je mehr Beschäftigte in den Betrieben, in denen kein Tarifvertrag gilt, erkennen, dass sie sich zusammenschließen müssen, um etwas für sich zu tun, umso eher kommen wir zu einem Flächentarif für die Sozialbranche und zu besseren Arbeitsbedingungen.

**epd:** Stichwort Arbeitsbedingungen. Wie wollen Sie die heikle Situation in der Pflege verbessern?

**Bühler:** In den Krankenhäusern wurde in den vergangenen Jahren Pflegepersonal abgebaut. Dieser Abbau geschah in solch großem Umfang, dass er eine Gesundheitsgefährdung für die Beschäftigten darstellt und für die Patienten gefährlich ist. Nach einer aktuellen Untersuchung von ver.di fehlen in den Krankenhäusern 162.000 Stellen, davon 70.000 allein in der Pflege. Die Pflegestellen müssten um 20 Prozent aufgestockt werden. Damit dies auch tatsächlich geschieht, bedarf es einer gesetzlichen Vorgabe. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, für die

► Krankenhäuser ein Personalbemessungsgesetz einzuführen. Außerdem fordern wir auch für die Gesundheitsberufe eine deutliche Aufwertung und wollen das in einer neuen Entgeltordnung umsetzen.

**epd:** *In der Altenpflege sehen Sie diesen Handlungsbedarf für mehr Personal nicht?*

**Bühler:** Doch, natürlich. Aber in der Krankenhauspolitik gibt es gerade eine große Chance, das durchzusetzen. Bund und Länder arbeiten derzeit an einer Krankenhausreform. Hierbei muss es auch Vorgaben für die Personalausstattung geben.

Die hochdramatische Situation in der Altenpflege anzupacken, haben wir uns als Schwerpunktthema für das Jahr 2015 vorgenommen. Unter anderem fordern wir dabei eine Aufwertung der Pflegeberufe in einer neuen Entgeltordnung. Außerdem streben wir für die Pflegebranche allgemeinverbindliche Tarifverträge an. Denn so können wir den Dumpingwettbewerb vor allem der privaten Pflegekonzerne stoppen. Das kann uns gelingen, wenn wir genug Träger in der Wohlfahrt finden, die mit uns einen Tarifvertrag abschließen – der dann über einen ministeriellen Beschluss für allgemeinverbindlich für den gesamten Altenpflegebereich erklärt wird.

**epd:** *Das Bundesarbeitsgericht hat den Kirchen im November 2012 in einem Urteil aufgetragen, die Gewerkschaften angemessen in die Lohnverhandlungen einzubinden. Hat sich seitdem ver.di's Position bei Kirchen, Caritas und Diakonie verbessert?*

**Bühler:** Bei der Diakonie in Niedersachsen sind wir einen großen Schritt vorangekommen. Wir haben dort nun einen Tarifvertrag. Wir hoffen, dass andere kirchliche Träger nachziehen werden. Nach meiner Beobachtung ist auch in Kirchenkreisen der Wunsch nach einem allgemeinverbindlichen Tarif für die gesamte Sozialbranche vorhanden – und der ist nun mal nur zu erreichen über einen Tarifvertrag. Insofern sollten die Verfechter des Dritten Weges in der kirchlichen Wohlfahrt ihr Tabu hinsichtlich Tarifverträgen überwinden.

**epd:** *Bisher dominieren die Vorbehalte gegen Tarifverträge. Nahezu alle öffentlichen Äußerungen lauten: Wir bleiben beim Dritten Weg und laden die Gewerkschaften ein, sich daran zu beteiligen.*

**Bühler:** Dazu ist ver.di aber nicht bereit. Wir bestehen auf Verhandlungen auf Augenhöhe. Dazu gehört in letzter Konsequenz auch der Arbeitskampf. Streiks sind nicht unser Ziel. Streiks sind kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Klar ist aber: Wir verzichten nicht auf das Streikrecht.

**epd:** *Die Deutsche Bischofskonferenz hat kürzlich beschlossen, den Gewerkschaften künftig mehr als zehn Prozent der Sitze in den Arbeitsrechtlichen Kommissionen anzubieten. Wie reagieren Sie darauf?*

**Bühler:** Wir haben das Papier zur Kenntnis genommen. Es passt aber nicht zu unseren Vorstellungen von freien Verhandlungen auf Augenhöhe.

**epd:** *Obwohl die Lohnabschlüsse bei der Caritas zu den besten in der Sozialbranche gehören?*

**Bühler:** Für die Beschäftigten, für die sie gelten, stimmt das. Aber es wurden ja Caritasbetrieben immer wieder Abweichungen von den Lohnvereinbarungen gestattet. Außerdem haben katholische Sozialunternehmen Betriebsteile im großen Stil ausgegründet. Für diese Beschäftigten gelten deutlich schlechtere Bedingungen. Und überhaupt, nichts spricht gegen einen guten Tarifvertrag bei der Caritas.

**epd:** *Was tut ver.di, um seinen Einfluss in der Kirche und in den kirchlichen Einrichtungen zu vergrößern?*

**Bühler:** Die evangelische Kirche und ver.di haben ihre Kontakte auf Spitzenebene deutlich intensiviert. Mein Eindruck ist, dass wir in sozialpolitischen Fragen große Übereinstimmung haben. Vielleicht gelingt es uns ja auch, dass sich Kirche und Gewerkschaft auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Verwerfungen auf dem Sozialmarkt verständigen können.

**epd:** *Vor einem Jahr haben ver.di-Vertreter angekündigt, 2014 werde das Jahr der Arbeitskämpfe in den kirchlichen Sozialbetrieben. Es ist nicht so gekommen. Hat ver.di den Mund zu voll genommen?*

**Bühler:** Wir erleben bei kirchlichen Mitarbeitern, dass viele die Hoffnung haben, dass es für sie gerichtet wird. Die Krankenschwester in einem konfessionellen Krankenhaus erlebt ja tatsächlich auch sehr häufig, dass sie nicht für höhere Löhne kämpfen muss. Der Tarifstreit wird im öffentlichen Dienst ausgetragen – und wenn es dort gutgeht, übernehmen Caritas und Diakonie dessen Abschlüsse. Ein solches System ist für Kirchenbeschäftigte natürlich bequem. Ich kann diese Haltung bei ohnehin überbelasteten Kolleginnen zwar verstehen, aber ich mache sie darauf aufmerksam, dass sie im Prinzip andere ihre Lohnerhöhungen erstreiten lassen. Und ich appelliere immer wieder an sie, nicht zuzusehen, sondern sich gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen stark zu machen.

**epd:** *Vor zwei Jahren hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass Gewerkschaftsfunktionäre Zutritt zu Kirchenbetrieben haben. Machen Sie davon Gebrauch?*

**Bühler:** Wir nutzen das Zutrittsrecht. Und freuen uns, dass es für immer mehr Mitarbeitervertretungen so selbstverständlich wie für Betriebsräte wird, uns in ihre Betriebe und Versammlungen einzuladen.

**epd:** *Sind durch diese Kontakte die Mitgliederzahlen bei ver.di nach oben geklettert?*

**Bühler:** Es gibt Bewegung. Aber ich mache keinen Hehl daraus, dass viele Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitswesen noch nicht ausreichend darüber informiert sind, was ver.di für diesen Bereich tut. Wir verhandeln nicht nur Tarifverträge, sondern wir setzen uns ja auch für bessere Rahmenbedingungen in der Sozialbranche ein. Wir haben in kirchlichen Einrichtungen noch sehr viel Aufklärung zu leisten. Das ist ein dickes Brett. Es gibt eben keine gewerkschaftliche Tradition bei Caritas und Diakonie.